

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erste Ausgabe täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Anstalt:
Dr. Klemm, Universitätsstr. 22,
Dr. Schmidt, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Kaufpreis 15,000.
Abonnementpreis viertel, 4/2, 1/2,
incl. Belegblätter 6 1/2.
durch die Post bezogen 6 1/2.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegblätter 10 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postbeförderung 36 Pf.
mit Postbeförderung 48 Pf.
Inserate 1000. Bourgeois, 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarische
Sätze nach höherem Tarif.
Reklamen unter dem Redactions-
druck die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

No. 65.

Dienstag den 6. März 1877.

71. Jahrgang.

Im Monat Februar 1877 erhielten das Bürgerrecht:

- | | |
|---|---|
| Herr Koch, Aug. Hermann, Instrumentenmacher. | Herr Gutschel, Friedrich Gust., Geschäftsführer. |
| • Freitag, Friedrich Wilhelm, Zimmerm. | • Völke, Johann Ferdinand, Seiler. |
| • Käßbrig, August Leberecht, Uhrmacher. | • Hoffmann, Johann Friedrich Franz,
Kaufmann. |
| • Baumann, Johann Carl, Buchdrucker. | • Kühn, Gustav Louis, Schutzmänn. |
| • Hahn, Emil Wilhelm, Beamter der All-
gemeinen deutschen Creditanstalt. | • Elbe, Carl Otto, Schlosser. |
| • Wacker, Herm. Otto Albrecht, Handels-
agent. | • Karl, Friedrich Wilhelm, Restaurateur. |
| • Reichel, Julius Gottlieb, Kaufmann. | • Spillner, Franz Gustav Julius, Christl. |
| • Schlichter, Carl August, Lehrer. | • Werner, Wilhelm Robert, Hausbesizer. |
| • Hahn, Emil, Lehrer. | • Voigt, Julius Gottfried, Schneidermeister. |
| • Hahn, Julius Hermann, Schutzmänn. | • Bredow, Carl Gottfried Leo, Hausbesizer. |
| • Friedrich, Carl, Schönwirth. | • Lehmann, Johann Friedrich Ernst, Cassellan
im Arbeiter-Bildungsverein. |
| • Büttger, Gustav Richard, Buchhandlungs-
gehilfe. | • Heuschkel, Johann Carl Maximilian,
Notenmacher. |
| • Spamer, Johann Adalbert Helrich Hugo,
Buchhändler. | • Wöhme, Johann Heinrich, Bureaubeamter. |
| • Berndt, Gustav Herm., Buchhandlungsgeh. | • Falkenstein, Hugo Constantin Fidelis,
Betriebsoberinspector an der Staatsbahn. |

In den Monaten Januar und Februar sind vom Stadtrath ange stellt worden:
als Maschinenist bei der Stadtwasseranstalt: Julius Weidenhammer; als Brandmeister:
Friedr. Gottlob Julius Quosdorf; als Expedient beim Standesamt: Ernst Otto
Buhzig; als Aufwärter bei demselben: Ernst Julius Richter; als Rathbedienter:
Friedrich Franz Kirsten.

Bekanntmachung.

Die Gewerbesteuern zu Leipzig hat beschlossen, zur Deckung ihres Verwaltungsaufwandes auf
das Jahr 1877 einen Zuschlag von je zwei Pfennigen auf jede volle Mark
Gewerbesteuer zu erheben.

Indem wir diesen Steuerzuschlag, welcher mit dem ersten Hebertermin erhoben werden soll,
hiermit ankündigen, bemerken wir, daß derselbe von allen zur Gewerbesteuer an sich wahlberechtig-
ten, mit mindestens 3 A Gewerbesteuer angelegten Gewerbetreibenden des Leipziger Gewerbe-
kammerbezirks (Stadt Leipzig, Gerichtämter I. und II., Zwenkau, Taucha und Markranstädt) zu
entrichten ist.
Leipzig, den 26. Februar 1877.

Die Gewerbesteuern dafelbst.
Wilh. Hädel, Vorsitzender. Adv. Fabwig, Secr.

R. sächs. Standesamt Leipzig.

Die Expeditionen des Standesamtes befinden sich vom 1. März d. J. an
im zweiten Stockwerke der Georgenstraße,
Ritterstraße 15, Eingang vom Ritterplatze aus.
Leipzig, am 27. Februar 1877.

Der Standesbeamte
Dr. Julius Burdhardt.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen in nächster Zeit die Südstraße aus dem Tracte der Immobiliengesellschaft
von der Kochstraße bis zur Kronprinzstraße neu zu pflastern und ergeht deshalb an die Besitzer der
angrenzenden Grundstücke und bez. an die Anwohner hierdurch die Aufforderung, etwa beabsichtigte,
den bezeichneten Straßentract berührende Arbeiten an den Privat-Gas- und Wasserleitungen und
Beischüssen angefügt und jedenfalls vor der Neupflasterung auszuführen, da mit Rücksicht auf
die Erhaltung eines guten Straßenpflasters dergleichen Arbeiten während eines Zeitraumes von
5 Jahren nach beendeter Neupflasterung in der Regel nicht mehr zugelassen werden.
Leipzig, am 24. Februar 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Bekanntmachung.

Die Abtheilung Nr. 34 der Landfleischhalle am Plauen'schen Platz soll
Sonnabend den 10. März d. J., Vormittags 11 Uhr
auf dem Rathhause an Rathsstelle an den Meistbietenden vom 12. Mai d. J. an gegen drei-
monatliche Kündigung anderweit vermietet werden.
Die Vermietungs- und Versteigerungsbedingungen können schon vor dem Termine ebendafelbst
eingesehen werden.
Leipzig, den 24. Februar 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Holzauktion.

Wittwoch, den 7. März n. e. sollen von Nachmittags 1/3 Uhr an im Forstreviere
Bargau auf dem Rathschlage in Abtheilung 31a im verschlossenen Holze, hinter dem neuen
Schützenhause

ca. 450 Stück Stockholzhäuser

gegen sofortige Bezahlung nach dem Zuschlage und unter den im Termine angefügten
Bedingungen an den Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Rathschlage hinter dem neuen Schützenhause.
Leipzig, am 23. Februar 1877.

Des Rathes Forstdeputation.

Leipzig, 5. März.

Der preussische Landtag ist geschlossen.
Für die kurze Zeit, während deren er diesmal
tagte, hat er verhältnismäßig viele Sitzungen ge-
halten und an langen, heißen Redekämpfen war
kein Mangel. Dennoch bietet die Bilanz, die wir
jetzt aus seiner Thätigkeit ziehen, nur dürftigen
Stoff zu einem keineswegs heitern Bilde. Wie
ein rother Faden zog sich durch die Verhand-
lungen der Kulturkampf hindurch. In den Verhand-
lungen über den Haushaltplan, die nur mühsam
zu Ende geführt wurden, mußte jeder Posten, der
nur irgendwie eine Antikipation zuließ, den liber-
alen Rednern als willkommener Blasebalg zur
Wiederanfachung des leidigen Streites zwischen
Staat und Kirche dienen. Wir glauben gern,
daß dieser Streit die liberalen Abgeordneten
bereits anzukämpfen beginnt, und können uns in
die Stimmung hineinbeugen, die den Abg. Lasker
dazu brachte, seinem Ueberdruß am Culturkampf
Laß zu machen und sich zu einer Abänderung
der Kirchengesetze bereit zu erklären, wenn
ihm nur bewiesen würde, daß dieselben in
innere Leben der katholischen Religion eingreifen.
Wir finden eine solche Stimmung natürlich.
Eine andere Frage ist aber, ob die Erklärung
auch zeitgemäß und von jener Vorsicht ein-
gegeben war, die einem so schlaun und jähren
Heinde gegenüber notwendig ist. Der Abgeord-
nete Lasker, der selbst mit am Wehstuhle der
Kirchengesetzgebung gesessen, weiß recht wohl,
daß es sich bei dieser nie und nimmer um den katho-
lischen Glauben und um eine Art von Zwangs-
reformation gehandelt hat, sondern lediglich dar-
um, eine herrschaftliche Hierarchie, die sich, von
außen her gelenkt, neben und über den Staat
stellt, unter die Majestät des Gesetzes zu beugen.
Unterwirft sie sich, so ist der Culturkampf zu
Ende; unterwirft sie sich nicht und reicht ihr
der Staat dennoch die Hand zur Versöhnung, so
erklärt er sich selbst für besiegt, und wir sind
dann nicht vorwärts gekommen, sondern wieder
um Jahrzehnte zurückgeworfen. Wären die
Herren von der Centrumpartei wirklich auf dem
Wege der Versöhnung, so hätten sie diese hand-
wurmartigen Culturkampfdebatten vermieden und
sich ruhig verhalten, anstatt durch maßlose He-
reden gegen den Staat, seine Gesetze und Ver-
bände Del ins Feuer zu gießen. Sie haben
dodurch nicht nur den Friedensschluß zwischen
Staat und Kirche hinausgerückt, sondern auch
zahlreiche mühselige Arbeiten, die des Landtages
warteten, hintangehalten. Denn dieser hat zwar
den Etat mit Ach und Krach erledigt, sonst aber
nichts Wesentliches zu Stande gebracht. Das ist
die Art, wie Rom um Frieden bittet.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 5. März.

Die sociale Frage wird demnächst von ver-
schiedenen Seiten im Reichstag in Angriff ge-
nommen werden. Die deutsch-conservative Fraction
wird, wie ihre Organe ankündigen, die Revision

der Gewerbeordnung, insbesondere hinsichtlich
der Beschwerden des Handwerkerstandes, beantragen.
Die Socialdemokraten wollen, wie bereits an-
gedeutet wurde, ein Arbeiterschutzgesetz und ein
Gesetz zum Schutz der Wähler und der Wahl-
freiheit, namentlich gegen die Beeinflussung von
Seiten der Arbeitgeber, vorschlagen. Das Centrum
geht ebenfalls mit umfassenden gesetzgeberischen
Anregungen in Sachen der socialen Frage an.
Von Seiten des Reichskanzlers sind endlich zwei
Denkschriften über Frauenarbeit in Fabriken ein-
gegangen, die natürlich ebenfalls zur Besprechung
gelangen werden. Kurz, wir haben alle Aus-
sichten auf die lebhaftesten Auseinandersetzungen
über die brennenden Fragen auf socialpolitischem
Gebiet. Leider läßt der agitatorische und provo-
catorische Charakter dieser aus der Mitte des
Reichstages hervorgehenden Anregungen kaum
eine sachlich erspriechliche Wirkung derselben hoffen.

In der Fortschrittspartei muß es in den
letzten Wochen heiter zugegangen sein. An der
Spitze des „Rth. Couriers“ veröffentlicht der Land-
tagsabgeordnete Dr. Petri folgende Erklärung:
„An meine Wähler! Als Sie bei den letzten Wahlen
im Herbst v. J. mich zum dritten Male zu Ihrem
Vertreter wählten, war ich Mitglied der deutschen For-
schrittspartei. Dermalen bin ich es nicht mehr. Ich
habe heute folgendes Schreiben an den Vorstand der
Fortschrittspartei des Landtags gerichtet:
„Die in der gestrigen Fraktions Sitzung stattgehabte
Debatte hat mich überzeugt, daß ich mich mit meiner
Anschauungsweise über das, was bei der damaligen politischen
Lage noch thut, in einer unbefriedigenden Minorität
befinde und eine Verhandlung nicht herbeiführen
kann. Ich möchte meinerseits keine Schuld an der
Fortdauer der Kämpfe tragen, welche die Fraction
seit Wochen bewegen, zumal solche mich selbst über-
flüssig machen und mir jede Thätigkeit an der poli-
tischen Arbeit benehmen. Ich ziehe es daher vor,
hiermit meinen Austritt aus der Fraction zu er-
klären.“
Ich weiß nicht, ob ich nach dem Schritt, über welchen
ich selbstverständlich gern Rede und Antwort stehe, noch
das Vertrauen meiner Wähler bestehe. Sollte es nicht
der Fall sein, so bin ich jeden Augenblick bereit, das
mir ertheilte Mandat, welches ohne das Vertrauen,
meiner Wähler keinen Werth für mich hat, in Ihre
Hände zurückzugeben.“
Berlin, 28. Februar 1877.

Aus Königsberg, 2. März, Nachmittags, erhält
die „Frankf. Hg.“ folgende Mittheilung: Jacoby's
Zustand ist seit gestern Vormittag durchaus nicht
befriedigend. Die Wunde hält zwar vortreflich,
doch klagt der Patient jetzt über sein altes Brust-
leiden und außerdem stellt sich seit gestern öfters
Fieber ein.

Ein Artikel des „V. Lloyd“ führt an, daß dem
Frieden zwischen der Türkei und Serbien nicht
jene Bedeutung innewohnt, die ihm sonst zuge-
schrieben werden müßte; er gewöhre dem Peters-
burger Cabinet zwar die Möglichkeit des
Einlenkens, aber er dränge es nicht dazu. Den
Antrag, der Vierte eine Frist zur Durchführung
der Reformen zu gewähren, hält der Artikel für
unpraktisch und unbefriedigend; hiermit wäre die
Kriegsgefahr nicht gebannt, sondern nur in den

Hintergrund gedrängt. Nur die Einwilligung
Ruslands und der Türkei zur Abrüstung wäre
eine Friedensbürgschaft; hierauf wäre alles Gewicht
zu legen. Ohne einen Erfolg in dieser Richtung
wären alle übrigen Maßregeln wirkungslos.
Aus Odessa wird berichtet, daß dort Vor-
kehrungen zum Empfang des Czaren ge-
troffen werden. Zur selben Zeit sollen dort auch
Abgesandte von Rumänien und Montenegro ein-
treffen.

Von dem Telegramm von Serbien ist dem Groß-
vezier ein Telegramm zugegangen, durch welches
die einzelnen Punkte des vereinbarten Friedens-
vertrages, sowie die Zusicherungen der serbi-
schen Abgesandten genehmigt werden. Zugleich
wird in dem Telegramm festgestellt, daß durch den
wieder hergestellten status quo alle früheren Rechte
und Privilegien Serbien belassen werden, welches
seinerseits die aus den verschiedenen Firmans sich
ergebenden Verpflichtungen auf sich nimmt. Die
Beziehungen zwischen der Türkei und Serbien sind
dergehalst als wiederhergestellt zu betrachten.

Die montenegrinischen Abgesandten für
die Friedensverhandlungen haben am Sonnabend
in Konstantinopel dem Großvezier und dem
Minister der auswärtigen Angelegenheiten Besuche
abgestattet. Die Verhandlungen derselben mit
den Vertretern der Pforte haben begonnen. Nach
dem Abschlusse des Friedens mit Montenegro soll
ein höherer türkischer Beamter mit einer außer-
ordentlichen Sendung bei den fremden Mächten
betraut werden.

Nachrichten von Serbien sind ausgetaucht
Nachrichten von einer ernstlichen Erkrankung
des Sultans Abdul Hamid werden der „Nat-
Hlg.“ aus einer in hohem Grade vertrauens-
würdigen Quelle als jeder Grundlage entbehrende
Erfindungen bezeichnet. Der Sultan litt in der
That seit einigen Wochen wiederholt an einem
Rahngeschwür, verursacht durch eine operative
Eingriff schwer zugänglicher Zahnwurzel und war
durch Schmerz und Geschwulst gezwungen, seine
Gemächer auf einige Tage nicht zu verlassen.
Die Anbahnung dieses unbedeutenden Unwohl-
seins zu einer ernstlichen Erkrankung ist auf dieselbe
Quelle zurückzuführen, die seit Monaten nicht er-
müdet, die Heilung des Ex-Sultans Murad aus-
zusprechen, während dieser thätlich sich im
Zustande des hoffnungslosesten Blödsinns befindet;
selbst Dr. Leibesdorf, der in seinem Gutachten
vom August sich über die Möglichkeit einer Hei-
lung nur mit Zurückhaltung geäußert hatte, hat
sich kürzlich in einem Nachtrage zu demselben erklärt,
daß, da zufolge der ihm von dem behandelnden
Arzte regelmäßig zugekommenen Nachrichten nicht
nur keine Besserung zur Besserung eingetreten,
sondern die Krankheit schließlich im Stadium des
Blödsinns angelangt sei, er sein Gutachten dahin
ergänzen müsse, daß nunmehr in Folge organischer
Veränderung der Hirnmasse an eine Möglichkeit
der Heilung gar nicht mehr zu denken sei.

Der Wiener „Presse“ schreibt man: Die
Krankheit des Sultans giebt Anlaß für
eine Menge von Vermuthungen, welche, da sie

in die Presse kamen, wohl geeignet sein mochten,
auf das Gemüth des jungen Herrschers einen
sehr nachtheiligen Einfluß auszuüben. Zeitung-
leser ist nämlich eine der Lieblingsbeschäftigungen
Abdul Hamid's. Die verschiedenen Redactionen
der Hauptstadt befürdern ihre ersten Abzüge stets
nach dem Palast, und in der Stadt herum sind
verschiedene Bedienstete angewiesen, alles auf dem
Gebiete der Publicität neu Erscheinende sofort
dem Sultan zu hinterbringen. Nun ist es Abdul
Hamid sehr zu Herzen gegangen, daß die Ab-
hebung und Verbannung Midhat's so merkwür-
dige Auslegungen in der europäischen Presse
gefunden hat. Um wie viel schlimmer aber wird
es ihn berühren, wenn ihm aus der Presse die-
selben Klagen und Befürchtungen entgegenhalten,
die vor der Abhebung seines Bruders Murad
laut wurden? Denn das Gerücht spricht offen
und unverhohlen schon von der geistigen Nacht,
die auch ihn wie die ganze Familie Osman's um-
fangen habe. Wahr ist an der ganzen Sache
nur, daß der Sultan schon seit vier Wochen an
einem Jahngeschwür leidet.

* Leipzig, 5. März. Eine officielle Aeußerung
aus Berlin über den Bundesrathbeschuß in der
Reichsgerichtssache hatte davor gewarnt,
die Frage „mit zu großem politischen Pathos“
zu behandeln. Dennoch fährt die „Nat.-Hlg.“
fort, die zu thun; sie theilt jetzt mit sichtlich
Befriedigung folgenden Erguß eines Bayern mit:
Wenn sich gegen Berlin als Sitz des Reichsgerichts
Stimmen erhoben haben und erheben, so ist dieses zwar
nach den allerneuesten Darlegungen deutscher Unort
kaum zu verwundern, sagt aber dem gemeinen Ver-
stande und geraden Sinne das Wort von Neuem ins
Gesicht: das macht unseren Feinden von Innen und
Außen wieder wahre Freunde! Muß man denn bei
jeder Gelegenheit den schlecht verheißenen Wismuth,
die eitle Sonderungslust und angeflammte Unbotmäßigkeit
zur Schau tragen? Können Parteien und Regierungen
nicht Besseres als dem Anlande ihre Wägen zeigen?
Und stellt man nicht den gesonnenen Richterstand des
Reiches geradezu an den Pranger vor aller Welt, wenn
man die Glieder des Reichsgerichts, welche aus allen
Orten berufen werden, von vornherein irgend einer
andern Beeinflussung fähig hält, als der Stimme der
Ehre, der Treue und des Gewissens?

Der Bundesrath hat, während dieses niedergeschriebe-
nen ward, so recht nach dem Vorbilde des noch späten
Bundesrathes „Preußen majorisiert“ und damit zweifel-
los eine ganz gewaltigen Hieb geführt — wohin?
das wird sich zeigen.

Stünde nicht der Feiger der Welt die so nach am
Kuhsteden einer furchtbar ernten Stunde — man über-
lasse diese Weisheit und Praesidat zunächst dem Epigramm
und der Satyre zu freiem Spiel. Nun aber drängt das
deutsche Gewissen zur scharfen Mahnung; gebietet in
dieser und in jeder Angelegenheit, Mitglieder des Reichs-
tages, ihr seid Vertreter des gesammten Volkes und
nicht gebunden an Austräge und Instruktionen (Ver-
fassung des deutschen Reichs Artikel 20); erhebt euch
wieder in jene großmüthige Stimmung, welche allein
eure Würde bezeugt und des thuer errungenen Vater-
landes Wohlfahrt verbürgt.

Man sollte sich gerade von Bayern aus hüten,
in der Reichsgerichtssache von „eitlem Sonderungs-
laß“ und „angestammter Unbotmäßigkeit“ anderer